

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 47

Ersteinst. Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Dreiflüß 4-9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 19. November 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Retortenzeile 3 Mark, für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verammlungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Anstellungen für das Bureau der Zahlstelle Berlin. In der letzten Generalversammlung der Zahlstelle ist auf Grund des § 37 des Statuts beantragt, eine Neuwahl aller Angestellten vorzunehmen. Wir bringen deshalb die Stellungen hiermit zur Ausschreibung, und zwar:

1. zwei Bevollmächtigte,
2. ein erster Kassierer,
3. ein zweiter Kassierer,
4. ein Branchenleiter für die Buchbinderbranche,
5. ein Sekretär für die Buchbinderbranche,
6. ein Branchenleiter für die Kartonbranche,
7. ein Angestellter für die Zugsuspapierbranche,
8. drei Verwaltungsbeamte,
9. eine Hilfskraft für Kassengeschäfte.

Für alle zur Wahl stehenden Bewerber ist genaue Kenntnis der Organisations-, Agitations- und Verwaltungsarbeiten und alle sonst noch selbstverständlich erscheinende Eignung für die in Frage kommenden Posten erforderlich. Insbesondere weisen wir darauf hin, daß der zweite Kassierer imstande sein muß, die Geschäfte des ersten Kassierers in dessen Abwesenheit zur Erledigung zu bringen.

Bedingung für die Anstellung ist weiter eine fünfjährige ununterbrochene Organisationszugehörigkeit.

Bewerber und Bewerberinnen um die ausgeschriebenen Stellen müssen selbstgeschriebene Bewerbungsschreiben und kurze Angaben über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit für den Verband in je drei Exemplaren spätestens bis zum 25. November an den Verbandsvorstand, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9, einreichen.

2. Die Lokalsbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Beitragsklasse						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Aachen	2,-	3,-	4,-	4,-	5,-	6,-	6,-
Boll	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-
Brandis	3,-	3,-	3,-	3,-	3,-	5,-	5,-
Detmold	2,-	2,-	2,-	4,-	4,-	4,-	4,-
Duisburg							
Ruhrort	5,-	5,-	5,-	5,-	10,-	10,-	10,-
Ulm	5,-	5,-	5,-	8,-	8,-	10,-	10,-
Udenwalde	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-	5,-
Rehheim	1,-	1,-	3,-	3,-	5,-	5,-	5,-
Ulm			5,-	7,-	10,-		10,-

f. weibliche Mitgl. f. männliche Mitgl.

Zittau 3,- Mk. 5,- Mk.

Vom Verbandsbeitrag erheben in allen Beitragsklassen:

Wesel 5 Proz.

Der Verbandsvorstand.

Zum Abbel- u. Api-Lohnabkommen.

Nach einer Verständigung der beiderseitigen Vorstände ist für den 17. November vorgesehene Abbel-Lohnerhöhung schon mit Wirkung ab 10. November eintreten. Nähere Mitteilung ist den Bevollmächtigten durch Rundschreiben zugegangen.

Der Innungsvorstand des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen hat nachträglich das Weimarer Lohnabkommen vom 8. November für seine Mitglieder als verbindlich anerkannt.

Verlängerung der Demobilmachungsverordnungen bis 31. März 1923.

Dem Beschlusse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gemäß, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen, ist die Regierung ersucht worden, die in Betracht kommenden Gesetzesvorlagen, soweit sie noch nicht eingebracht sind, mit größter Beschleunigung einzubringen, insbesondere die Vorlage über Betriebsabbrüche und Betriebsstillegungen sowie über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Die Einbringung soll so schnell erfolgen, daß die Vorlagen noch in diesem Jahre vom Reichstage verabschiedet werden können. Vom Sozialpolitischen Ausschusse des Reichswirtschaftsrates wurde eine Verlängerung der Geltungsdauer bis zum 31. März 1923 vorgeschlagen. Wie wir bereits berichteten, hatte der Ueberwachungsausschuss des Reichstages eine einstweilige Verlängerung bis einen Monat nach Wiederzusammentritt des Reichstages beschlossen. Da aber nach Vorstehendem eine definitive Regelung bis zum 17. November nicht stattfinden wird, muß auch das Plenum des Reichstages eine einstweilige weitere Verlängerung beschließen. Das ist inzwischen geschehen. In seiner Sitzung vom 20. Oktober hat der Reichstag dem von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf über die Verlängerung der Demobilmachungsverordnungen unverändert zugestimmt.

Unsere Wirtschaftslage

wird immer trostloser. Die Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der Reichsregierung haben durch die Ueberreichung der von ausländischen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschriften vorläufig einen gewissen Abschluß gefunden. Diese Sachverständigen haben übereinstimmend festgestellt, daß Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Mark unverzüglich getroffen werden müssen, um Deutschland vor dem drohenden völligen Zusammenbruch zu retten. Die erste Voraussetzung einer solchen Stützungsaktion sei ein Zahlungsausschub von mindestens zwei Jahren und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, namentlich in bezug auf das Recht, Zölle von der Zugseseinfuhr zu erheben, und für die Ausfuhr die Weißbegünstigung zu fordern. Die Initiative müsse aber von Deutschland selbst ausgehen, dann werde auch nach einer gewissen Zeit auf die Mitarbeit ausländischer Kreditgeber zu rechnen sein.

Dieser Hinweis der Sachverständigen sollte besonders Beachtung finden. Es hatte sich in den letzten Monaten bei uns — ähnlich wie in Oesterreich — bereits eine Stimmung verbreitet, die alles Heil von der Hilfe des Auslandes erhoffte. Man wollte nicht glauben, daß die zivilisierte Welt untätig bleiben könne gegenüber dem wirtschaftlichen Verfall eines hochkultivierten großen Volkes. In dieser Hinsicht muß die Denkschrift der ausländischen Sachverständigen bei uns ernüchternd wirken. Es ist leider nicht zu leugnen, daß der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung klare Richtlinien und die notwendige Energie fehlten.

Dieser Zustand wurde in weiten Schichten des deutschen Volkes bereits recht peinlich empfunden und es ist sehr wertvoll, daß unparteiische Beobachter und Kenner deutscher Verhältnisse auf diesen Punkt besonders aufmerksam machen. Die Stabilisierung des Marktkurses hängt — abgesehen von der entsprechenden Lösung der Reparationsfrage — in erster Linie von unserer eigenen Finanz- und Wirtschaftspolitik ab. Nur wenn wir auf diesem Gebiete wirkliche Tatkraft zeigen, wird das Ausland wieder Vertrauen zu unserer Wirtschaft und unserem Getreuen gewinnen. Selbst wenn diese aktive Wirtschaftspolitik hier und da fehlerhaft wäre, würde sie doch ein größeres Maß von Vertrauen im eigenen Volke und im Auslande erzeugen als das jetzige System des Passivens. Bisher hat die Reichsregierung nur allzu wenig eigene Initiative gezeigt und zu großes Gewicht auf die Meinungsäußerungen inländischer Sachverständiger, die in der Regel ihren Interessenstandpunkt vertreten, gelegt. Hierdurch kam ein unheilvoller Zirkelkurs zustande, der schließlich alle Volksteile verärgerte und nirgends wirkliche positive Ergebnisse zeitigte.

Die ausländischen Sachverständigen haben ferner mit Recht auf die verhängnisvolle Wirkung der Vierung von Reparationskohle und der entsprechend großen Einfuhr von Rohle aus valutarstarke Ländern nach Deutschland hingewiesen. Dieser Zustand bildet tatsächlich einen der schwersten Krebsgeschäden am deutschen Wirtschaftskörper. Das wirtschaftlich ganz unrationelle Hin- und Herfahren von Reparations- und Auslandskohle verschlingt Unsummen und belastet die Zahlungsbilanz in ungeheurer Weise. Die Gestehungskosten der deutschen Industrie werden durch diesen Vorgang, soweit die Kohlenversorgung in Frage kommt, noch über dem Niveau der ausländischen Konkurrenz gehalten. Das bedeutet eine starke Einengung unserer Wettbewerbsfähigkeit und einen ständigen Druck auf das Lohnniveau der deutschen Arbeiter. Je mehr Kohle und Eisen sich durch diesen Zustand verteuern, um so geringer wird die Möglichkeit, die Löhne der Teuerung anzupassen. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie sinkt aus diesen Ursachen immer mehr ab. Die Kohlenfrage bildet eins der Grundprobleme der Marktstabilisierung.

Freilich nur eines, denn zum wirtschaftlichen Glend unserer Lage tragen tausende Faktoren ihr Teil mit bei. Ein weiterer Grund, der nicht unbeachtlich ist, zeigt sich in der Preispolitik der Rohstoffindustrien. Aus Krisen der Fertigungsindustrien kommen seit einiger Zeit lebhaftige Klagen über die Preispolitik der Rohstoffindustrie (siehe auch die Notiz unter „Aus unserem Beruf“). D. h., die daran schuld sein soll, daß die deutschen Gestehungskosten hier und da über den Weltmarktpreisen liegen. Tatsächlich haben ja die in kurzer Zeit aufeinander folgenden Erhöhungen der Kohlen- und Eisenpreise stets eine entsprechende Verteuerung der Halb- und Fertigerzeugnisse der gesamten Industrie nach sich gezogen. Es zeigt sich aber auch ferner die gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß die Verbände der Fertigungsindustrie ihre Preise weit häufiger verändern als die der Rohstoffindustrie, vor allem als der Kohlenbergbau. Man kann beobachten, daß diejenigen Erzeugnisse den häufigsten und stärksten Preissteigerungen ausgesetzt sind, bei denen die Arbeitslöhne

Abkommen

betr. den Reichslohntarifvertrag für das deutsche Buchbindergeterbe und verwandte Berufszweige.

Abgeschlossen am 8. November 1922 in Weimar.

1. Die reichstarriflichen Stundenlöhne werden wie untenstehend erhöht. Die erste Zulage gilt vom 9. November bis zum 22. November, die zweite vom 23. bis zum 29. November.

2. Die Zulagen können den Affordarbeitnehmern auch als feste Zulagen gegeben werden. Ziffer 28 des Hauptvertrages muß erfüllt sein.

3. Die Besetzungs- und Industriezulagen bleiben in Höhe der bisherigen Beträge bestehen.

4. Für Krefeld wird vereinbart, daß von der neuen Tarifperiode ab unter Wegfall der örtlich getroffenen Sondervereinbarungen zu den Tariflöhnen der Ortsklasse III die Hälfte der Spannung zur nächsthöheren Ortsklasse bis zum Ablauf des Manteltarifs gezahlt wird.

Weimar, den 8. November 1922.

„Apf“, Fachgruppe Briefumschlag- und Papierausstattungsfabrikation.
Erwin Kemppenau. Dr. Feldgen.

„Api“, Fachgruppe Geschäftsbücher- usw.-Fabrikation.
Paul Kuhfus. Dr. Feldgen.

Verband deutscher Buchbinderbesther.
R. Pilz. Dr. Creugberger.

Deutscher Buchdruckerverein.
Berthold Sturm.

Reichsverband der Buchbindereien.
Raemmerle. Ralms.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.
Hauelsen.

Graphischer Zentralverband.
Hornbach.

Affordarbeit.

Auf Grund der Affordverdienste des Monats Oktober 1922 (3 Wochen) soll der erreichte Grundlohn des Durchschnitts-Affordarbeiters ermittelt werden. Art und Weise dieser Ermittlung, sowie der Umfang der statistisch zu sammelnden Unterlagen erfolgt nach Angaben, die von der von beiden Parteien eingesetzten Kommission getroffen worden sind. Diese statistischen Unterlagen müssen bis zum 23. November 1922 gesammelt sein. Sie dienen als Schlüssel für die zukünftigen Verhandlungen über die prozentualen Zuschläge für die Affordarbeiter.

Bis dahin, d. h. nur bis zum Ablauf der laufenden Lohnperiode, wird als Notstandsmaßnahme, da anders eine Einigung nicht zu erzielen ist, ausnahmsweise von den Parteien vereinbart, daß die den Stundenarbeitern gewährten Zulagen den Affordarbeitern als feste Zuschläge zum Affordlohn zu zahlen sind und zwar nach dem Lohnklassenschema entsprechenden Sätzen.

Die prozentualen Zuschläge zum Affordlohn bleiben dieselben, wie in der vorhergehenden Tarifperiode.

Zum Zusatzvertrag für Buchdruckerien. *)

Die seitherigen besonderen Lohnabkommen zum Zusatzvertrag für die Buchdruckerien kommen in Fortfall. Für Gehilfen (ledig und verheiratet) sowie für Arbeiterinnen unter 16 Jahren und für Ungeübte über 16 Jahre gelten die im Lohnntarif für Buchbindereien festgelegten Echnsätze.

Geübte Arbeiterinnen erhalten ab 9. November und ab 23. November nachstehende tarifliche Stundenlöhne:

	ab:	I. Wkt.	II. Wkt.	III. Wkt.	IV. Wkt.	V. Wkt.	VI. Wkt.
a) Nach vollend. 16. Lebensjahr	9. 11.	72,—	67,—	61,—	59,—	54,—	52,—
	23. 11.	79,—	73,—	67,—	65,—	59,—	57,—
b) Nach vollend. 17. Lebensjahr	9. 11.	89,—	84,—	80,—	77,—	74,—	70,—
	23. 11.	97,—	92,—	88,—	85,—	81,—	77,—

*) Für Berlin gelten besondere Bestimmungen.

Zum Lohnntarif für Buchbindereien, Buchdruckerien, Geschäftsbücherfabriken und verwandte Betriebe.

Die ab 9. November und ab 23. November geltenden tariflichen Stundenlöhne betragen:

	ab:	I. Wkt.	II. Wkt.	III. Wkt.	IV. Wkt.	V. Wkt.	VI. Wkt.
I. Ledige Gehilfen:							
a) Im 1. Gehilfenj.	9. 11.	84,—	81,—	76,—	71,—	69,—	66,—
	23. 11.	92,—	89,—	83,—	78,—	76,—	72,—
b) Im 2. Gehilfenj.	9. 11.	107,—	102,—	96,—	92,—	88,—	83,—
	23. 11.	118,—	113,—	107,—	102,—	97,—	92,—
c) Im 3. Gehilfenj.	9. 11.	117,—	113,—	107,—	104,—	98,—	93,—
	23. 11.	130,—	125,—	119,—	115,—	109,—	103,—
d) Im 4. Gehilfenj.	9. 11.	125,—	122,—	116,—	112,—	107,—	101,—
	23. 11.	138,—	134,—	128,—	123,—	118,—	111,—
e) Nach dem 4. Gehilfenjahr	9. 11.	136,—	132,—	126,—	121,—	116,—	110,—
	23. 11.	150,—	145,—	139,—	134,—	128,—	121,—
f) Nach dem 4. Gehilfenjahr u. über 24 J.	9. 11.	149,—	144,—	138,—	133,—	128,—	121,—
	23. 11.	164,—	158,—	152,—	146,—	141,—	133,—
II. Verheiratete Gehilfen:							
c) Im 3. Gehilfenj.	9. 11.	142,—	138,—	132,—	126,—	121,—	114,—
	23. 11.	155,—	151,—	144,—	138,—	132,—	125,—
d) Im 4. Gehilfenj.	9. 11.	144,—	139,—	134,—	129,—	123,—	116,—
	23. 11.	157,—	152,—	146,—	141,—	134,—	127,—
e) Nach dem 4. Gehilfenjahr	9. 11.	152,—	147,—	142,—	137,—	130,—	123,—
	23. 11.	166,—	161,—	156,—	150,—	143,—	135,—
f) N. d. 4. Gehilfenjahr u. über 24 J.	9. 11.	157,—	152,—	146,—	140,—	134,—	126,—
	23. 11.	172,—	167,—	160,—	154,—	147,—	139,—

	ab:	I. Wkt.	II. Wkt.	III. Wkt.	IV. Wkt.	V. Wkt.	VI. Wkt.
III. Arbeiterinnen:							
1. Unter 16 Jahren:							
a) Im 1. Berufsjahr	9. 11.	43,—	40,—	37,—	36,—	33,—	31,—
	23. 11.	47,—	44,—	41,—	39,—	36,—	34,—
b) Im 2. Berufsjahr	9. 11.	54,—	48,—	46,—	42,—	40,—	38,—
	23. 11.	59,—	53,—	50,—	46,—	44,—	42,—
2. Ungeübte über 16 Jahre:							
a) Im 1. Halbjahr	9. 11.	53,—	47,—	45,—	41,—	39,—	37,—
	23. 11.	58,—	52,—	49,—	45,—	43,—	41,—
b) Im 2. Halbjahr	9. 11.	64,—	58,—	54,—	52,—	49,—	45,—
	23. 11.	70,—	64,—	59,—	57,—	54,—	49,—
3. Arbeiterinnen über 16 Jahre, die mindestens 1 Jahr in gleichartigen Betrieben tätig waren, gelten als geübte und erhalten:							
a) Im 1. Jahr in dieser Gruppe	9. 11.	72,—	67,—	61,—	59,—	54,—	52,—
	23. 11.	79,—	73,—	67,—	65,—	59,—	57,—
b) Im 2. Jahr in dieser Gruppe	9. 11.	81,—	74,—	70,—	67,—	63,—	59,—
	23. 11.	89,—	81,—	77,—	73,—	69,—	65,—
c) Nach d. 2. Jahr	9. 11.	89,—	84,—	80,—	77,—	74,—	70,—
	23. 11.	97,—	92,—	88,—	85,—	81,—	77,—

Zum Zusatzvertrag für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

Die ab 9. November und ab 23. November geltenden tariflichen Stundenlöhne betragen:

	ab:	I. Wkt.	II. Wkt.	III. Wkt.	IV. Wkt.
I. Angelernte Facharbeiter:					
1. Ledige Arbeiter:					
a) Im Alter von 17 bis 19 Jahren	9. 11.	91,—	88,—	82,—	78,—
	23. 11.	99,—	96,—	89,—	85,—
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	9. 11.	105,—	101,—	95,—	92,—
	23. 11.	116,—	111,—	105,—	101,—
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	9. 11.	122,—	117,—	111,—	107,—
	23. 11.	135,—	129,—	123,—	118,—
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren	9. 11.	131,—	127,—	121,—	116,—
	23. 11.	145,—	140,—	134,—	129,—
e) Im Alter von über 24 Jahren	9. 11.	146,—	140,—	134,—	130,—
	23. 11.	161,—	154,—	148,—	143,—

	ab:	I. Wkt.	II. Wkt.	III. Wkt.	IV. Wkt.
2. Verheiratete Arbeiter:					
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	9. 11.	139,—	134,—	127,—	123,—
	23. 11.	152,—	147,—	139,—	135,—
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	9. 11.	142,—	135,—	129,—	125,—
	23. 11.	155,—	148,—	141,—	137,—
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren	9. 11.	152,—	145,—	139,—	134,—
	23. 11.	166,—	159,—	153,—	147,—
e) Im Alter von über 24 Jahren	9. 11.	157,—	149,—	143,—	138,—
	23. 11.	172,—	164,—	157,—	152,—

II. Ungelernte Arbeiter:		Ortsklasse			
ab:		I Wrt.	II Wrt.	III Wrt.	IV Wrt.
1. Ledige Arbeiter:					
a) Im Alter von 14 bis 16 Jahren	9. 11.	53,—	49,—	46,—	42,—
	23. 11.	58,—	54,—	50,—	46,—
b) Im Alter von 16 bis 18 Jahren	9. 11.	64,—	60,—	56,—	53,—
	23. 11.	70,—	66,—	61,—	58,—
c) Im Alter von 18 bis 19 Jahren	9. 11.	78,—	75,—	70,—	67,—
	23. 11.	86,—	82,—	77,—	74,—
d) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	9. 11.	93,—	90,—	84,—	80,—
	23. 11.	102,—	99,—	93,—	88,—
e) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	9. 11.	104,—	101,—	96,—	93,—
	23. 11.	115,—	111,—	106,—	103,—
f) Im Alter von über 21 Jahren	9. 11.	115,—	112,—	107,—	103,—
	23. 11.	127,—	123,—	118,—	114,—
g) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	9. 11.	123,—	119,—	113,—	109,—
	23. 11.	135,—	131,—	125,—	120,—
h) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	9. 11.	133,—	128,—	123,—	117,—
	23. 11.	146,—	141,—	135,—	129,—

2. Verheiratete Arbeiter:		Ortsklasse			
ab:		I Wrt.	II Wrt.	III Wrt.	IV Wrt.
d) Im Alter von 19 bis 20 Jahren	9. 11.	130,—	126,—	121,—	116,—
	23. 11.	143,—	139,—	133,—	128,—
e) Im Alter von 20 bis 21 Jahren	9. 11.	133,—	128,—	123,—	117,—
	23. 11.	146,—	141,—	135,—	129,—
f) Im Alter von über 21 Jahren	9. 11.	134,—	130,—	124,—	118,—
	23. 11.	147,—	143,—	136,—	130,—
g) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	9. 11.	139,—	134,—	130,—	124,—
	23. 11.	153,—	148,—	144,—	137,—
h) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb	9. 11.	141,—	137,—	132,—	127,—
	23. 11.	156,—	152,—	146,—	141,—

den prozentualen größten Teil der Gesehungskosten bilden. Diese Tatsache führt in der Öffentlichkeit ebenfalls zu ganz schiefen Werturteilen und zu unberechtigten Vorwürfen gegen die Arbeiter. Der Anreiz der Verteuerung liegt aber auf einem ganz anderen Gebiet. Er kommt vom Lebensmittelmarkt und nicht zuletzt von der inländischen Landwirtschaft. Diese treibt durch rücksichtslose Ungleichung ihrer Preise an den Dollarstand die Kosten der Lebenshaltung von Tag zu Tag in die Höhe und zwingt dadurch die Arbeiter fortgesetzt zu neuen Lohnforderungen. Da die Löhne aber fast nie mit der Teuerung am Lebensmittelmarkt wirklich Schritt halten, verbleibt trotz aller Lohnerhöhungen schließlich doch ein stetig wachsender Entbehrungsfaktor zu Lasten der Arbeiterbevölkerung. Eine Ware, die bis zu ihrer Fertigstellung fünf bis zehn verschiedene Fabrikationszweige zu durchlaufen hat, muß natürlich infolge der steigenden Lebensmittelteuerung an fünf bis zehn verschiedenen Stellen mit Lohnaufschlägen belastet werden. Hieraus ergibt sich wiederum die Tatsache von Preiserhöhungen in fünf bis zehn Industriezweigen. Auf diese Weise erklärt sich die auffällige Erscheinung, daß die Häufigkeit der Preiserhöhungen in dem Maße zunimmt, wie sich das Rohprodukt verfeinert. Im Vergleich zu den vom Lebensmittelmarkt ausgehenden Anreizen zu Lohn- und Preiserhöhungen spielt tatsächlich die Preispolitik der Rohstoffindustrien nicht jene große Rolle, wie von den Verbänden der Fertigungsindustrien behauptet wird. Zu berücksichtigen ist auch, daß gerade im Kohlenbergbau die Preiserhöhungen in Körperschaften zur Erörterung gestellt werden, in denen Vertreter der Arbeiter und der Verbraucherschaft zumindest die Möglichkeit haben, sich zur Sache zu äußern, während die Fertigungsindustrien sich in ihre Preispolitik von niemand hineinreden lassen und die Verbraucher regelmäßig vor vollendete Tatsachen stellen. In diesem Zusammenhange sei auch auf die den Konsum außerordentlich stark belastende Unwirtschaftlichkeit der Warenverteilung hingewiesen. Der Groß- und Kleinhandel verfährt bei der Festsetzung seiner Aufschläge ziemlich willkürlich. Von der Fabrik bis zum Verbraucher durchläuft die Ware eine ganz unnötig große Zahl von Zwischenhändlern, die durch ihre maßlosen Aufschläge dafür sorgen, daß die Inlandspreise hinter denen des valutastarken Auslandes möglichst wenig zurückbleiben. So ist letzten Endes die Anarchie auf dem Gebiete der Preisfestsetzung in allen Teilen unserer Wirtschaft eine der tieferen Ursachen der bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Teuerung.

Unsere Lohnverhandlungen.

Jeder, der heute im Dienste der Arbeiterbewegung steht, sei es ehren- oder bauptamtlich, weiß, daß diese seine Position keine solche ist, nach der man sich allzu sehr reiben könnte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drücken allem ihren Stempel auf und ganz naturgemäß äußert sich dies in besonderem Maße in unserer gewerkschaftlichen Betätigung. So ist u. a. die Teilnahme an Lohnverhandlungen heutigen Tages ganz unstreitig nicht zu den angenehmsten Aufgaben zu rechnen. Das trifft schon zu auf Lohnverhandlungen für einzelne Orte oder Betriebe, wieviel mehr aber erst für Reichsarbeitsverhandlungen, bei denen die Interessen von vielen Zehntausenden von Arbeitsträften mit deren unterschiedlichsten Wünschen und Forderungen vertreten werden müssen. Unsere Unterhändler sind die Sachwalter der hinter ihnen stehenden Mitglieder. Ihre Aufgabe ist es, die ihnen zugehenden Wünsche und Forderungen der Gegenpartei zu unterbreiten und ihr Bestes einzusetzen, damit ihre Mandatgeber zu ihrem Recht kommen. Wo es nicht möglich ist, die Unternehmer zu Zusagen zu bewegen — und wir haben auch bei uns solche, die auf alle Forderungen und Wünsche ein stereotypes „Nein“ haben — da sind unsere Unterhändler vielfach recht unangenehmen Widerwärtigkeiten durch ihre Mandatgeber ausgesetzt. Wir brauchen diese Tatsache nicht zu beschönigen, sie ist beiden der Beteiligten satfam bekannt.

Ist aber auf der einen Seite die Unzufriedenheit verständlich für jeden, der offenen Auges durch die jetzige Zeit wandelt und darum auch sieht, daß mit jeder oder richtiger gesagt: trotz jeder Lohnerhöhung das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterschaft immer mehr im Abgleiten begriffen ist, dann sollten aber auch die anderen, die Mitglieder, einsehen, daß ihre Vertreter ihr Bestes hergeben, um dieses Abgleiten so gut als möglich aufzuhalten. Leider — bedauerlich, daß man dies aussprechen muß — ist diese Einsicht noch lange nicht Allgemeingut geworden.

Die Erkenntnis von der Unzulänglichkeit unserer Lohnverhandlungen aber zwingt bei jeder Lohnverhandlung unsere Vertreter, bei der Formulierung der den Unternehmern vorzulegenden Forderungen die Wünsche und Forderungen ihrer Mandatgeber in weitestem Maße zur Grundlage zu nehmen. Warum das nicht immer reiflos geschehen kann, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. Befagt sei nur, daß auch unserem Tarifausschuß eine Grenze des Möglichen gezogen ist. Soweit aber der rein materielle Teil Gegenstand der Vorbereitungen unseres Tarifausschusses ist, wird stets unter Beachtung der jetzigen Wirtschaftslage die Spanne als Lohnforderung aufgestellt, die sich als neuere Verteuerung der Lebenshaltung seit der letzten Lohnerhöhung ergeben hat. Daß, ziffernmäßig gesehen, diese Forderungen heute nicht gering sein können, ist verständlich, aber die Belastungen unserer gewerblichen Unternehmungen durch Lohnerhöhungen haben nicht die Arbeiter zu verantworten. Diese haben lediglich die ständige Pflicht, sich selbst arbeits- und leistungsfähig zu erhalten durch das Bestreben, einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu erhalten. Versäumt sie diese Pflicht, dann trägt das Gesamtgewerbe den Schaden, der in seiner Auswirkung gar nicht abzuschätzen ist. Unsere letzten Lohnverhandlungen standen im

Zeichen einer ganz bedeutenden Verteuerung der Lebenshaltung. Dazu kam für unseren Beruf das weitere erschwerende Moment, daß die gesamte graphische Industrie in ihrer Lohnhöhe sehr weit ins Hintertreffen geraten war. Hier einen Ausgleich zu schaffen, war unser Tarifausschuß ernstlich bestrbt, und er kam darum bei den Verhandlungen mit den Glasis- und Kartonnagenfabrikanten zu einer Forderung von 80 Mt. in der Spitze. Diese 80 Mt. würden ausgereicht haben, um die seit der letzten Lohnerhöhung eingetretene neuerliche Verteuerung in etwas auszugleichen. Inwiefern diese Forderung durchgesetzt werden konnte, ist aus dem Verhandlungsergebnis zu ersehen; das in Nr. 45 wieder gegeben wurde. Als Erweiterung des bestehenden Lohnschemas wurde beschlossen, der Gruppe „Facharbeiter“ eine neue Staffel „Nach dem 5. Jahre nach der Ausbildung und verheiratet“ einzufügen und die ähnlich lautende Staffel der Gruppe „Hilfsarbeiter“, die seither nur für Berlin galt, für alle Ortsklassen durchzuführen. In letzterer wurde der vorgesehene Altersjah von 21 Jahren auf 22 Jahre erhöht, da nach dieser Seite hin die Facharbeiter nicht schlechter gestellt sein konnten als die Hilfsarbeiter.

Wir haben in unsern Berichten über unsere Lohnverhandlungen uns jedesmal bemüht, unsern Mitgliedern ein objektives Bild vom Gang der Verhandlungen zu zeichnen. Jeder Leser dieser Berichte wird gefunden haben, daß die Einwände der Unternehmer gegenüber der Höhe der Forderungen stets die gleichen waren, wie ja auch die Begründungen derselben sich immer im gleichen Rahmen bewegen mußten, nur differenziert durch die ziffernmäßige Veränderung der Wirtschaftslage.

Die Entwicklung auf dem Lebensmittelmarkt und andere Erscheinungen haben jedoch gezeigt, daß der Abschluß für die Glasis- und Kartonnagenbranche nicht für die beschlossene Dauer aufrechtzuerhalten war. Dem vielfachen Drängen unserer Mitglieder entsprechend ist an die Leitung des Unternehmerverbandes das dringende Ersuchen gerichtet worden, ein Zwischenabkommen zu treffen, das der jetzigen Situation in etwas entgegenkommt. Das Ergebnis haben wir an der Spitze der heutigen Nummer bekannt gegeben.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen („Api“) konnten auf einem etwas anderen Boden geführt werden, da hier die weitere Auswirkung der Teuerung schon klarer zu erkennen war. Unter Beachtung des oben Gesagten wurden in den „Api“-Verhandlungen eine Spitzenzulage von 100 Mt. gefordert. Das Resultat der Verhandlungen ist unsern Verwaltungen sofort mitgeteilt worden, unsere Mitglieder können es in dieser Nummer nachlesen. Ohne Ergebnis blieben zunächst die Sonderverhandlungen über die Höhe des Prozentzuschlages auf den Reichsalltagslohn. Auch die dann in Leipzig fortgesetzten Verhandlungen brachten nur eine Art Zwischenabkommen. Die Unternehmer behaupteten mit altem Nachdruck, daß die Akkorddienste in den meisten Fällen derart hoch seien, daß die von unserer Spezialkommission aufgestellte Forderung, die sich rechnerisch der prozentualen Stundenloohnerhöhung angeschlossen, zu bewilligen unmöglich sei. Zum Schluß wurde vereinbart, daß auf Grund der Akkordverdienste des Monats Oktober

Schlage nur mit der Wunschzettel an die Fellen der Herzen an; ein Schlag in jedem Wunden ruht, den ein Verständiger heben kann.

Es gibt Wahrheiten, die sich weder aus Theorien noch aus Systemen abstrahieren, Einsichten, die sich weder in Bibliotheken noch in Kongressen erwerben lassen; die der Dünkel der Gelehrsamkeit hat in der Welt weit mehr Unheil angerichtet, als die Unwissenheit des gesunden Menschenverstandes.

(3 Wochen) der erreichte Grundlohn des Durchschnitts-Affordarbeiters ermittelt werden soll. Art und Weise dieser Ermittlung sowie der Umfang der statistisch zu sammelnden Unterlagen erfolgt nach Angaben, die von der von beiden Parteien eingeleiteten Kommission getroffen worden sind. Diese statistischen Unterlagen müssen bis zum 23. November gesammelt sein. Sie dienen als Schlüssel für die zukünftigen Verhandlungen über die prozentualen Zuschläge für die Affordarbeiter. Bis dahin, d. h. nur bis zum Ablauf der laufenden Lohnperiode, wurde als Notstandsmaßnahme, da anders eine Einigung nicht zu erzielen war, ausnahmsweise von den Parteien vereinbart, daß die den Stundenarbeitern gewährten Zulagen den Affordarbeitern als feste Zuschläge zum Affordlohn zu zahlen sind, und zwar nach dem Lohnklassenschema entsprechenden Sätzen. Die bisherigen prozentualen Zuschläge zum Affordlohn bleiben dieselben, wie in der vorhergehenden Tarifperiode.

Die neuen Buchdruckerlöhne.

Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums ist inzwischen für verbindlich erklärt worden und haben die Unternehmer nach erneuter Stellungnahme dazu denselben anerkannt. Die Spitzenlöhne betragen daher pro Woche für verheiratete Gehilfen in Berlin und Hamburg ab 5. bis 18. November 7501,— Mart, ab 19. November 8223,— M., während ledige 7218,— bzw. 7911,— M. erhalten. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind vom 5. November ab auf 6377,40 M. und ab 19. November auf 6901,10 M. für verheiratete erhöht, während ledige in der gleichen Zeit 6137,35 bzw. 6728,10 M. erhalten. Für Anlegerinnen beträgt der Gesamtwochenlohn ab 5. bis 18. November 4172,10 M. und ab 19. November 4569,20 M., während Hilfsarbeiterinnen in der gleichen Zeit 3769,75 bzw. 4130,75 M. erhalten.

Das Kostgeld der Lehrlinge beträgt in der Spitze im ersten Lehrjahr pro Woche 845,—, im zweiten 855,—, im dritten 870,— und im vierten Lehrjahr 880,— M.

Zu neuen Lohnverhandlungen des Tarifausschusses ist der 27. November gleichzeitig vereinbart.

Die Steigerung der Arbeitsleistung.

Die Forderung auf „Steigerung der Arbeitsleistung“ hat einen geradezu schlagwortartigen Charakter angenommen, der, unbefürmert zunächst um die Frage der Berechtigung der Forderung selbst, diese in der schärfsten Weise diskreditieren muß auch vom Standpunkt der Fordernden. Keine Unternehmerrzeitung erscheint, keine Lohnverhandlung verläuft, ohne daß nicht dabei die „Steigerung der Arbeitsleistung“ in mehr oder weniger verblümlter Weise als unumgänglich notwendig hingestellt wird.

Sofern unter dieser „Steigerung der Arbeitsleistung“ eine Verlängerung der Arbeitszeit, eine Aufhebung des Achtstundentags verstanden sein soll — und das soll sie, so sehr man sich auch bemüht, diesen Kern der Sache zu umgehen — ist schon oft erklärt worden, daß die Arbeiterschaft diese ihre Errungenschaft nicht ohne den schärfsten Kampf preisgeben wird. Auch bei unseren Lohnverhandlungen spielt die Frage der „Steigerung der Arbeitsleistung“ fast stets eine gewisse Rolle mit, und mehr als einmal ist den Unternehmern in scharf pointierter Rede zu verstehen gegeben worden, daß in dieser Frage mit der Arbeiterschaft nicht zu reden sein wird. Solche bestimmten Erklärungen verhindern aber nicht, daß nach wie vor und je länger je schärfer und provokrierender die Forderung erhoben wird. Da ist es erfreulich, zu sehen, mit welcher herzerfrischender Deutlichkeit die Arbeiterpresse gegen diese Forderung Stellung nimmt. Aus der Fülle des uns vorliegenden Materials bringen wir im folgenden eine Abhandlung der „Fränkischen Tagespost“, die in ihrer Ausgabe vom 10. November sagt:

Just ein Jahr ist es her, als der Ruf: „Weg mit dem Achtstundentag!“ das erstmal mit aller Kraft aus dem Unternehmerlager erscholl. Im Bayerischen Landtag wurde von den „Ordnungs“parteiern am 29. November 1921 ein Antrag eingebracht, die Arbeitszeit für gewerbliche Betriebe zu beraten. Das sah ziemlich harmlos aus, war aber ein Anrennen gegen den Achtstundentag...

Ähnlich klang es von überall dort her, wo die Unternehmervertreter und ihre Wächspanner saßen. Dieses frivole Spiel dauerte, kombiniert mit Angriffen verleumderischer Art gegen die Arbeiterschaft, solange an, bis die Achtstundengegner nach Strich und Faden abgebeutet und ihnen erklärt wurde, von Leuten, die sich inbrünstig nach der Zeit zurücklehnen, wo man sozialpolitisch die Nase nach am Rodärnel abwärts, lasse die werttätige Bevölkerung den achtstündigen Arbeitstag nicht durchlöchern. Denn damit ginge die wichtigste Errungenschaft der Revolution auf sozialpolitischem Gebiet verloren. Die unterernährten, von den Feldzugsstrapazen erschöpften Menschen würden auch bei längerer Arbeitszeit einfach zusammenbrechen. Als dann überdies in der Arbeiterpresse nachgewiesen wurde, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten als die Arbeiter derteligen mit mehr Arbeitsstunden, lenkten die Leberprofiter ein und betrachteten ihre Offensive gegen den gesetzlich festgelegten Achtstundentag vorerst als gescheitert. Die Rage war eben zu früh aus dem Unternehmerlad gelassen worden. Gewerbeinspektoren, Nationalökonomien, selbst Fabrikbesitzer, die noch nicht jenseits sozialen Empfindens und Verständnisses bar waren, gaben den unvorsichtigen Herrschaften den dringenden Rat, ihren reaktionären Keckheit auf der häuslichen Düngrstätte abzuladen und die ohnedies mit Elektrizität geschwängerte Um-

welt gefälligst mit solchen volkswirtschaftlichen Purzelbäumen in Ruhe zu lassen.

Darauf trat, nach wie vor von Einzelfällen abgesehen, verhältnismäßige Ruhe ein. Es diente aber die Bodtöpfigkeit der profitulieren Kreise unterschätzen, wenn man geglaubt hätte, eine bessere Einsicht über die Notwendigkeit des Achtstundentages habe Platz gegriffen. Nach zehmonatiger Atempause geht nun der Tanz erneut mit Pauken und Trommeln los.

Der rheinische Großindustrielle Thyssen übernahm das Kommando und eröffnete die Kanonade mit seinem offenen Brief an den Reichszentraler, in dem er laut gegen den Achtstundentag feindet und von Dr. Wirth verlangt, er solle sich für die Verlängerung der Arbeitszeit einsetzen. Thyssen vorant Alle Pincher und Scherensteifer aus dem reaktionären Lager klaffen dann schon gehorfsam hinterdrein. So kam es auch. Den Vogel schloß die „Papierzeitung“ ab. In der Nummer vom 2. November wird dort gesagt, der Mangel an Zellstoff habe wesentlichen Anteil an der fortschreitenden Papierverwertung. Der Zellstoffmangel aber rühre hauptsächlich von den zurückgegangenen Leistungen her. Das wirksamste Mittel dagegen sei neben Ueberstunden und Einführung des Stücklohns — die Arbeitszeiterlängerung. Dabei hat nach Berichten der graphischen Fachpresse jeder Monat des Jahres 1922 eine doppelt so große Ausfuhr von Zeitungspapier aufzuweisen als im Jahre 1913!

Trotzdem auf Grund der Beschlüsse der Völkerbunds-Arbeitskonferenz von Washington der Achtstundentag Arbeitstag gewissermaßen eine gesetzliche Basis erhalten hat, nimmt seine internationale Bekämpfung zu. Die französische Regierung hat hier die Führung. Sie verlangt Ueberstunden ohne Sondervergütung für ihren Eisenbahnbetrieb und für die französische Kaufahrtsflotte. Die wirtschaftliche Konjunktur kommt auch der Regierung Poincaré bei ihren reaktionären Vorjößen zugute.

Rund heraus sei es gesagt, unter dem Schlagwort: „Nur eine Verengung der Produktion kann uns retten!“ soll die Arbeiterschaft in aller Form ausgebeutet werden. Der Augenblick ist raffiniert geschickt gewählt. Deutschland steht hart vor seiner schwersten Wirtschaftskrise. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Bewucherung der werttätigen Bevölkerung ist unerträglich geworden. Mit Hunger hofft man die Arbeiter und Arbeiterinnen klein zu kriegen. Von allen Seiten, mit allen Mitteln, vor und hinter den politischen und wirtschaftlichen Schiebesenslern, offen und hinterhältig, mittels der Reiche, mittels des Zuckerbrotes, rückt man der Arbeiterschaft zu Leibe. Diese aber erkennt noch nicht in allen ihren Teilen die drohenden Gefahren.

Heimfahrt.

Von Max Werner.

In Hohoken, dem Landungsplatz der großen deutschen Schiffsahrtsgesellschaften, herrschte reges Treiben. Der Dampfer „George Washington“ war am Morgen signalisiert worden und mußte bald am Pier anlegen. In der Straße, die die Landungshallen entlang führt, hatten sich Arbeiter, Gepäckträger, Hotelangestellte, Bahnagenten und andere eingefunden, die den Reisenden — etwa 3000 Personen brachte der Ozeanries — auf diese oder jene Art behilflich sein wollten. Bald wimmelte es denn auch in der Straße von Passagieren, und es dauerte geraume Zeit, bis sich der Strom auf die Bahnen, Fährboote, Hudsonstunnels oder in die Gasthäuser verteilte hatte.

An der Ecke der 5. Straße lehnte ein junger Mann und betrachtete die langgestreckten Gebäude des Lloyd und der Hamburg-America-Linie. Sein verstoffener Anzug und sein stark gebräuntes Gesicht ließen auf längeres Wandern schließen. Dichtes, langes Haar umrahmte das offene Gesicht, in dem ein dünner Vollbart zu wachsen begann; offenbar war hier längere Zeit kein Friseur tätig gewesen. Langsam schritt er nun die 5. Straße hinauf und blieb vor einem kleinen Laden stehen. An dem schmigigen Fenster stand: R. Roussens Office. Drei Tage hintereinander hatte er jeden Morgen angefragt, ob er eine „Anstellung“ auf einem deutschen Dampfer bekommen könne, und jedesmal hatte der närrische Feuereragent geantwortet: „Komen Sie morgen wieder!“ Dabei schmolz sein

Vermögen immer mehr zusammen, er besaß noch einen Dollar und achtundsechzig Cent. Die letzte Nacht hatte er in einem Heim der Hellsarmee geschlafen und heute morgen für wenige Cent ein kräftiges Frühstück erhalten. Lange durfte es nun nicht mehr so weitergehen; dann war er bald ganz blant.

Er trat in die Office ein und fragte, ob er bald Beschäftigung erhalten könnte. Der Agent legte die Zeitung beiseite und gähnte. Dann sagte er gleichgültig: „Kohlengieher werden verlangt, sonst niemand.“

„Ich bin harte Arbeit nicht gewöhnt und möchte doch bitten.“

„Ja, ja, ich weiß schon,“ unterbrach ihn der Agent, ging nach dem Tisch und ergriff die Feder. „Wie heißen Sie?“

„Albert Klinger.“

„Beruf?“

„Schneider.“

„Und weiter notierte der Agent Alter, Heimat u. a. „Kommen Sie um ein Uhr wieder hierher.“

Albert Klinger verließ aufatmend die Office. Es war erreicht, morgen verließ er Amerika — als Schiffsarbeiter. Und war mit so großen Hoffnungen in das Dollarland gekommen! Langsam schlenderte er durch die Straßen nach einem kleinen Park am Hudson, wo er sich auf einer der zahlreichen Bänke niederließ. In der Mittagssonne funkelten die Fenster der New Yorker Wolkenkratzer drüben überm Fluße, große Fährboote fuhren herüber und hinüber, und zahlreiche kleine Dampfboote oder Segler glitten vorbei.

Er zog einen Fahrplan der Pennsylvanien-Bahn hervor und betrachtete traurig die große Karte auf der Innenseite des Plans: die Staaten der Union hoben sich, durch verschiedene Farben gekennzeichnet, scharf voneinander ab. Und nun besah er sich noch einmal seine „Tournee“. Als er vor zweieinhalb Jahren nach New York gekommen war, hatte er die Brust voll Hoffnungen und den Beutel voll Geld. Er reiste nach dem Westen und fand Arbeit in Omaha, bei einem Landmann. Der behandelte ihn gut und bezahlte ihn schlecht. Dann zog er nach Kansas City, später nach Chicago. Hier, in der „windigen Stadt“ am Michigansee, gefiel es ihm sehr gut. In den zahlreichen deutschen Gasthäusern fand er immer lustige Gesellschaft, und nach einigen Wochen war sein mitgebrachtes Geld verfliegen. Das war eine eigene Sache mit dem Dollar! Er galt mehr als vier Mark und gab sich doch ebenso schnell aus wie eine Mark. — Dann war er südlings gegangen, nach Tennessee, hatte bei den Farmern gearbeitet und später in einer Schneidemühle. Dann kam die Glückszeit; in Detroit war viel zu tun als er ankam und er hatte einige Monate gearbeitet. Zwanzig bis dreißig Dollar hatte er wöchentlich verdient — und alles, alles war wieder aufgebraucht worden während der folgenden arbeitslosen Zeit. Und nun hatte er den Kampf aufgegeben, nun kehrte er heim. Gegen das unerblittliche Schicksal ist nicht anzukämpfen, kammisch hebt es den einen empor zum Glück und stürzt den anderen erbarmungslos in die Tiefe. . . .

In der Nähe ertönten Fabrikpfeifen, die Mittagspause war vorüber, die Arbeit begann wieder. „Glück-

Die Arbeiterschaft hat gegen den Krieg angelämpft, solange es überhaupt möglich war. Trotzdem hat sie im Bunde mit den verkündenden Mittelschichten und Rentnerschichten bisher fast allein die Kosten des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages zu tragen gehabt. Die Lebenshaltung ist auf Kosten der Gesundheit tief herabgedrückt, die Kleidung wurde verfallen, das Hausgerät verfault. Jetzt sollen viele Zehntausende brotlos gemacht werden. Für sie ist angeblich keine Beschäftigung mehr vorhanden. Die übrigen aber sollen sich ihre Arbeitszeit verlängern lassen. Das ist verwerflicher Wahnsinn, brutalster, kapitalistischer Widerwille. Eine Arbeiterschaft, die sich auf diese Weise den Achtstundentag nehmen ließe, hätte ihn nicht verdient. Die werktätige Bevölkerung weiß, daß sie schwer schaffen muß, um aus dem Elend herauszukommen, in das sie von unfähigen Regierungsmännern, von den Kriegsbehörden und Kriegsverlängerern hineingeritten wurde. Sie weiß auch, daß der einzelne mit der Gesamtheit in Verfall gerät, wenn mehr verbraucht als erzeugt wird. Alles das weiß die Arbeiterschaft und handelt danach. Die wenigen vorgekommenen Entlassungen werden von der gewerkschaftlich erzeugten Arbeiterschaft selbst aufs schärfste verurteilt, wenn sie manchmal auch aus der ganzen Situation heraus zu begreifen waren.

Zahlreiche Ausländer, die bei uns fleißig Umschau gehalten, erklären freimütig, daß die deutsche Republik dasjenige Land ist, in dem sich mehr als in irgendeinem anderen Lande Europas die Menschen weder zur Arbeitspflicht und zum Arbeitswillen zurückgefunden haben. Die Bucherer und Schieber und Devisenhändler, die großen und kleinen Volksausbeuter können dieses Lob aus ausländischem Munde sicher nicht auf sich beziehen. Den Herren von Ar und Halm, die heute mit am wüstensten schreien, sei jedoch gesagt, von den Franzosen wurden zwar bisher nicht Garantien für Mehrarbeit verlangt, wohl aber Garantien gegen die Heberverdienste der Agrarier begehrt. Das Weitere hierüber können jene Deutschen, welche so gern die Reparationsforderungen gegen den Achtstundentag auspielen, im „Temps“ nachlesen, und zwar in der Nummer vom 27. Oktober 1922. Wo eine Vermehrung der Produktion einzusetzen hat, zeigte dieser Tage die „Frankfurter Zeitung“ auf, indem sie in dieser Frage mit anerkannter Objektivität den Deckel von den Unternehmerrückstößen abhob und schrieb:

„Und wir sehen sie auf der Seite der Arbeitgeber am deutlichsten in den Klagen über mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, die jedesmal auftreten, wenn die Marktenwertung eine Zeitlang auf dem Beharrungszustande geblieben ist — ein drohender Beweis dafür, daß die Leistungsfähigkeit dieser Industrien nicht auf der

Höhe geblieben ist, sei es, daß die faux frais der Industrie zu groß geworden sind, daß man mit der Ausschleudung unproduktiver Kräfte nicht nachgekommen ist, sei es, daß man, statt die Apparatur auszubauen, die beliebtesten Substanzverluste über Geschäftskosten laufen läßt, sei es, daß man sonst rückschrittlich geworden ist in der Treibhauswärme einer Scheinkonjunktur, die dem Fabrikanten das Monopol des inneren Marktes und den Warenhunger der Käufer schuf. Vieles, sehr vieles ist hier zu bessern.

Da ist des Pudels Kern. Fast die gesamte deutsche Industrie arbeitet seit Mitte 1914 nahezu ohne Konkurrenz, an exakte Preisberechnungen war sie nicht gebunden, brauchte deshalb aus Gründen des Dickerdienens auch keine produktionssteigernden Verbesserungen innerhalb der Betriebe anzustreben. Jetzt, wo sich diese groben kaufmännischen und technischen Unterlassungssünden derb spürbar zu machen beginnen, sollen ausgerechnet die Arbeiter nach Bedarf entweder die ständigen Zugpferde oder Sündenböcke abgeben. Sie danken. Denn am Ende wird man auch der besten Späße überdrüssig!

Die vier Spitzenverbände der Gewerkschaften sandten vor einigen Tagen eine Vertretung zum Reichsarbeitsminister, um ihm ihre Stellungnahme zur gegenwärtig viel erörterten Frage der Arbeitszeit und ihrer gesetzlichen Regelung darzulegen. Die Gewerkschaftsvertreter betonen, daß sie durch eine einseitige Behandlung der ganzen Frage auf Seiten der Unternehmer zur Klarstellung ihres Standpunktes genötigt seien. Sie verwahrten sich mit allem Nachdruck gegen die Annahme, als sei die Steigerung der Produktion lediglich eine Frage der Arbeitszeit. Sie werde vielmehr bedingt durch die verschiedensten Faktoren. Insbesondere müßten die Unternehmer selbst durch die Art ihrer Wirtschaftspolitik mehr als bisher produktionsfördernd wirken. Die heutige Politik der Kartelle und Trusts verhindere tatsächlich die volle Ausnutzung der Produktionskraft und schädige die Lebenshaltung des deutschen Volkes. Sehr zu beklagen sei, daß auch die technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Produktionssteigerung nicht genügend ausgenutzt würden. Die Gewerkschaften seien der Überzeugung, daß es zur Steigerung der Produktivität keines Abweichens vom Grundsatz des Achtstundentages bedürfe. Auf diesem Boden seien die Gewerkschaften durchaus bereit, bei gleichzeitiger Anwendung aller anderen produktionssteigernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit zu geben und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft. Die Gewerkschaften wünschen, daß die

schwebende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnungstrage dadurch, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Achtstundentages stelle, gewisse Ausnahmen für Notfälle vorbehalte, aber im übrigen es den Tarifverträgen überlasse, den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtwohls Genüge zu tun. In diesem Zusammenhang erscheine den Gewerkschaften eine möglichst gleichzeitige Vorlegung und Beratung der Arbeitszeitgesetz mit dem Tarifgesetz, dem Arbeitsgerichts-gesetz und der Schlichtungsordnung notwendig.

Der Reichsarbeitsminister begrüßte diese Aussprache und betonte, daß die Reichsregierung durchaus entschlossen ist, die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeitszeit zu wahren. Ebenso ernst sei aber die Verpflichtung der Regierung, alles zu tun, um die deutsche Wirtschaft, das deutsche Volk und das Reich vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das sei zwar in erster Linie eine Aufgabe der Außenpolitik, erfordere aber andererseits auch alle erdenklichen Anstrengungen im Innern, und nur das Volk, das seine eigenen Kräfte regelt und ausnützt, habe Anspruch auf die Achtung und die Hilfe des Auslandes. Er hoffe, daß es, wie bisher, einer Verständigung zwischen Regierung und Arbeiterschaft gelingen werde, alle diese Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen.

In der Geschäftslage der Papierverarbeitung im Oktober

Ist, wie der Bund Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung auf Grund der bei ihm eingegangenen Meldungen der (Unternehmer-)Konventionen und Fachverbände berichtet, eine wesentliche Veränderung gegenüber den Verhältnissen des Vormonats kaum zu konstatieren gewesen. Wie in allen anderen Wirtschaftszweigen, so drängen auch hier die Verhältnisse einer Katastrophe entgegen. Valutaverflechtung, Kreditnot, unsichere politische Lage, Undurchsichtigkeit der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zukunft schwächen die Unternehmungslust. Auf dem Weltmarkt macht sich die Konkurrenz des Auslandes immer mehr bemerkbar.

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Buntpapier-Industrie hat sich die Geschäftslage gegenüber der des Vormonats nicht wesentlich verändert. Es scheint allerdings, als wenn das Auslandsgeschäft sich teilweise wieder etwas zu beleben anfängt.

Für Chromopapier und Karton wird folgendes gemeldet: „Die Preisbewegung im Oktober stand ganz unter dem Einfluß der Entwertung der deutschen Mark, gegen die auch die Preisverniegungen trotz des guten Willens zur Zurückhaltung auf die

liche Menschen, die ihre regelmäßige Beschäftigung haben.“ dachte Albert Klinger. In einem öffentlichen Brunnen lächelte er den brennenden Durst, Hunger verpirrte er keinen; erwartungsvoll sah er den nächsten Stunden entgegen. In einem Kellerlokal ließ er sich vom schwarzen Barbier rasieren und die Haare schneiden. Dann ging er nach der 5. Straße. Etwa zwei Dutzend Männer standen hier herum, die anscheinend zum nächsten Transport gehörten. Polen und Russen, die ihre heimatländischen Kleider noch auf dem Leibe hatten, und wahrscheinlich nur wenige Monate den Kampf im Dollorlande geführt hatten. Schnapfstuntig blähten sie vor sich hin, sie hatten nichts mitgebracht und gingen nun leer und armelig in die alten Verhältnisse zurück.

Ein junger, stämmiger Bursche trat auf Albert zu. „Hörst du auch hinüber?“ fragte er. Albert nickte, er war froh, einen Deutschen unter diesen Fremden gefunden zu haben. „Und du gehst auch zurück?“

„Ja. Na, ich bin Bäcker und komme sicher in die Küche. In den Heizraum gehe ich auf keinen Fall.“

„Wenn man dich aber hinterbeordert? Es wird doch keiner gefragt.“

„Ich habe dem Paulsen fünf Dollar zugesteckt, das hilft.“

Albert schwieg. Er hätte dem Paulsen auch gern fünf Dollar gegeben, wenn er noch so viel gehabt hätte.

Ein älterer Mann gesellte sich zu ihnen, ebenfalls ein Deutscher. „Mich müssen sie mitnehmen, ich

habe eine Empfehlung von einem Pastor aus New York.“ erzählte er. „Meine Frau ist krank, die fährt im Zwischendeck, und ich arbeite mich hinüber.“

„Da.“ stammte ihm der Bäcker bei, „du kriegst 'ne Anstellung in der ersten Klasse.“

„Wie lange bist du denn hier?“ fragte Albert den Bäcker.

„Ach, nicht lange, zehn Monate.“

„Warum bleibst du nicht, hast du keine Arbeit gefunden?“

„O doch, aber die ganze Einrichtung paßt mir nicht. Was hat denn ein junger Mann hier? Gar nichts.“

„Über noch ein paar Jahren kannst du ein reicher Mann werden.“

Da lachte der Alte höhnisch auf. „Reicher Mann werden — jawoll. Drüben hab ich nicht gehabt, hier hab ich doch nicht gehabt. Hier wird man wie'n Mensch zweiter Klasse behandelt und als Duffschmann und Grünhorn verhöhnt. Meine Frau ist krank geworden, drüben in Deutschland hat ihr nie etwas gefehlt. Da hab ich gesagt, weißt du, Bina, wir gehen wieder nach Deutschland, und ripp-rapps wurde das bishen Zeug eingepackt, das wir noch hatten, und in zehn Tagen sind wir in Hamburg.“

Es war ein Uhr geworden, und die Männer gingen nun in das Heuerbureau, wo sie ihre Anweisung in Empfang nahmen.

II.

Gegen Abend schritt Albert Klinger durch das große Tor in die Anlagen des Hamburg-Amerika-Pier

hinein. Am Ende der langen Gepäckhalle erreichte er die „Colorado“, das Schiff das ihn heimwärts bringen sollte. Die Matrosen und Hafenarbeiter waren mit dem Verladen der Koffer, Kisten und Reiseförde beschäftigt. Eine Anzahl Gepäckstücke wurden auf ein großes Segelnetz geladen und dieses mittels Krahn auf das Schiff befördert, wo es in eine große Deckung hinabgelassen wurde. Unten wurden die Stücke von Arbeitern in dem Gedräum untergebracht. Laute Rufe, mitunter ein kerniger Seemannsfluch, hallten herauf und hinunter.

Albert hatte eine Weile dem Treiben zugehört, dann ging er auf die Schiffsbrücke zu, die vom Pier zum Deck des Dampfers hinüberführte.

Ein stämmiger Matrose frante nach seinem Begehrt. Albert zeigte ihm die Karte.

„Ach, auch das Glück nicht erjagt.“ sagte der Matrose, als er einen Blick auf die Karte geworfen hatte. „Ja, ja, das Geld liegt wohl auch nicht mehr auf der Straße?“ Und höhnisch lachend schob er Albert über die Brücke. „Da, geh man rechts rinn, den Gang hinter.“

In dem langen Gang, der vom Vorder- nach dem Hinterdeck führte, lag Albert an jeder Kabine Ausschiffen, es waren fast nur Wohnungen der Schiffsangestellten, Zahlmeister, 1. Koch, Obersteuert, Konditor, Maschinisten. Einen jungen Matrosen fragte er nach dem 1. Maschinisten.

„Dort steht er, der mit der Wähe.“ erklärte der Mann und eilte weiter.

Dauer nachlos werden. Die ungeheuren Preise, die für Papierholz angelegt werden müssen, die Abhängigkeit der Papierindustrie von ausländischen Rohstoffen, zu denen auch Holz und Kohlen gehören, die ewigen Kohlenpreise, Lohn- und Frachterhöhungen sowie hohe Zölle und Abgaben bei der Ein- und Ausfuhr, der kurze Arbeitstag von acht Stunden (1) und der sich immer fühlbarer machende Kohlenmangel führen nachgerade zu einer katastrophalen Preiserhöhung aller Papierarten, die, wenn sie im jetzigen Grade weitergeht, notwendigerweise eine Einschränkung des Bedarfs zur Folge haben muß. Die Rohstoffversorgung befriedigte. Verschiedene Werte haben ihr Kapital erhöhen müssen, um die weitere Rohstoffbeschaffung zu ermöglichen.

Nach Meldung des Vereins deutscher Gummi-eraktanten ist die Beschäftigung in den Gummierbetrieben keine einheitliche. Die Rohstoffversorgung war befriedigend, die Verkaufspreise wurden weiter erhöht. Die Ausfuhr ist ruhiger geworden. Teilweise können die Betriebe aus Mangel an Betriebsmitteln nicht mehr in vollem Umfange aufrechterhalten werden. Die starken Preiserhöhungen haben fühlbare Zurückhaltung in der Auftragserteilung zur Folge gehabt. In Verbraucherkreisen wird mit weiterer Steigen der Preise gerechnet, daher sind die Käfer über das erforderliche Maß hinaus vollgepfropft.

Der Verein für geklebte Photographierkarton berichtet, daß sich die Beschäftigung infolge zu hoher Preise verschlechtert hat. Die Rohstoffversorgung war gut, die Rohstoffpreise zogen an. Die Ausfuhr ist infolge zu hoher Preise zurückgegangen.

Die Vereinigung der Hersteller photographischer Karten gibt an, daß die hohen Preise merklichen Rückgang an Bestellungen zur Folge gehabt haben. Die Rohstoffversorgung hat sich verschlechtert. Die Ausfuhr wird geteilt beurteilt. Das Emporschnellen der Rohstoffpreise bewirkt Verminderung des Betriebskapitals, so daß die Betriebe in absehbarer Zeit zur teilweisen Stilllegung kommen müssen.

In der Papierkartfabrikation ist die Geschäftslage die gleich günstige geblieben wie im Vormonat.

Im Gegensatz zu den Meldungen des Vormonats muß der Verband Deutscher Faltschachtelfabrikanten weiteres Nachlassen der Beschäftigung einzelner Industriezweige infolge starker Preiserhöhung konstatieren. Der Auftragsgang ist sehr schleppend gewesen, und die Industrie wird hauptsächlich durch alte Aufträge beschäftigt. Da die Herstellung von lithographischen Erzeugnissen zum Teil Luxusergebnisse sind, so wird dieser Industriezweig besonders in Mitleidenschaft gezogen. Die Rohstoffbeschaffung hat sich etwas gebessert, vor allen Dingen sind holzfreie Schreibpapiere prompter zu erhalten. Sehr schleppend erfolgt hingegen die Belieferung mit

Chromoerzeugnissen, da die Fabriken noch mit älteren Aufträgen sehr stark eingebet sind. Das Auslandsgeschäft hat sich infolge des tiefen Marktstandes etwas gehoben.

Nach den Berichten des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten E. V. hat sich die Beschäftigung weiter so ungünstig entwickelt, daß in erheblichem Teil der Betriebe verkürzt gearbeitet wird. Soweit Firmen noch voll beschäftigt sind, beruht dies nur auf der Erledigung früherer Aufträge. Neue Aufträge gehen in ungenügendem Umfange ein. Durch die ständige Steigerung der Preise für Rohmaterialien sowie durch die Erhöhung der Löhne werden die Preise für Kartonnagen so verteuert, daß die Kundschaft immer mehr dazu übergeht, an Stelle der besseren Kartonnagen Weichpackungen usw. zu verwenden.

Auch bei der Vereinigung Deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren wurde durch die hohen Rohstoffpreise und durch die hohen Löhne der Geschäftsgang äußerst erschwert. Die Kundschaft legt sich beim Verbrauch dieser Erzeugnisse außerordentliche Beschränkung auf. In der Wellpappenfabrikation hat die Beschäftigung weiter wesentlich nachgelassen. Das Ausfuhrgeschäft ruht fast gänzlich.

In der Geschäftsbücherfabrikation ist ein starker Beschäftigungsrückgang zu bemerken. Pappen sind sehr schwer erhältlich, dergleichen einige Papierarten.

Für Schreibhefte und Zeichenlernmittel hat die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat wesentlich nachgelassen, was in der Hauptsache auf die ständig sinkende Kaufkraft der Kundschaft zurückzuführen ist. Auslandsaufträge liegen so gut wie gar nicht vor. Als sehr schädigend wird empfunden, daß teilweise sogar die höheren Schulen schon wieder dazu übergegangen sind, Tafeln einzuführen, da die Preise für die Vermittel der Kaufkraft der Käufer überschreiten.

In der Tapetenindustrie hat sich die Lage weiter verschlechtert, weil das Publikum alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben spart. Infolgedessen waren Verkürzungen der Arbeitszeit und Entlassungen teilweise nicht zu vermeiden. Sehr geklagt wird über die außerordentlich hohen Preise für Papier und Farbe. Unbefriedigend ist auch das Ausfuhrgeschäft.

Die Beschäftigung im Buchdruckgewerbe erfährt auch im Oktober erhebliche Verschlechterung. Wegen der Verteuerung der Druckfarben beschränken sich die Behörden, Geschäftsbetriebe und Privatleute auf den allernotwendigsten Bedarf. Die Folgen davon sind Betriebseinschränkungen, Einführung von Kurzarbeit und Personalentlassungen. Wenn diese Maßnahmen nicht weit größeren Umfang angenommen haben, so geschieht dies aus sozialen Erwägungen in der Absicht, auch unter Ignoranz des Personal in seinen Bezügen, solange es irgend geht, nicht

zu schmälern. Rohstoffe sind wohl überall zu haben, der Bedarf ist aber stark zurückgegangen, weil es neben dem Auftragsmangel den Druckereien vielfach auch an den nötigen Mitteln fehlt, um größere Anschaffungen machen zu können. Die Löhne im Buchdruckgewerbe sind im Oktober um etwa 40 Proz. erhöht worden. Die Erhöhung erfolgte durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. Infolge dieser Lohnsteigerungen und der Verteuerung aller Betriebsstoffe machte sich im Oktober Erhöhung der Druckpreise um 60 Proz. notwendig. Die Ausfuhr von Druckfachen ist mehr und mehr zurückgegangen.

Im Zeitungsdruckgewerbe haben weitere Personaleinschränkungen stattfinden müssen wegen Ausbleibens von Satzarbeiten und Verringerung des Umfangs der Zeitungen. Die Kundschaft schränkt den Bedarf immer mehr ein. Durch große Lohn- und Papierpreiserhöhungen waren Bezugs- und Anzeigenpreisverteuerung nicht zu vermeiden.

Im Steindruck- sowie Lichtdruckgewerbe hat sich die Beschäftigung weiter verschlechtert, denn die Kaufkraft der Kunden erlähmt langsam. Ueber die Rohstoffbelieferung wird nicht geklagt, wohl aber über Rückgang der Ausfuhr. Das weitere Sinken der Markt drängt die Verbraucher immer mehr zum Bezug von Gebrauchsgüter und zum Verzicht auf Luxuswaren.

Ähnlich ist die Lage bei den Betrieben des Bundes der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands E. V. Von hier werden Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen gemeldet. Geklagt wird über die außerordentliche Rohstoffverteuerung; so wird für Zinkplatten das 1500fache des Friedenspreises bezahlt.

Auch die Autogram-Konvention merkt Verschlechterung der Beschäftigung. Die Rohstoffversorgung war befriedigend, doch liegt dies in der Hauptsache wohl an dem geringeren Bedarf. Die Verkaufspreise sind noch nicht erhöht worden. Das Auslandsgeschäft ist ruhiger geworden.

Nach den Berichten der neuen Bromsilber-Konvention G. m. b. H., Neuen Chromopostarten-Konvention G. m. b. H. und der Vereinigung der Kunstpostarten-Verleger muss in absehbarer Zeit mit weiteren Betriebseinschränkungen gerechnet werden. Die allgemein herrschende Geldknappheit macht sich in ganz besonderem Maße hier geltend, da hier Erzeugnisse hergestellt werden, die nicht lebensnotwendig sind. Auslandsaufträge liegen spärlich ein.

Nach dem Bericht des Vereins der Deutschen Spielkartenfabriken gingen Aufträge aus dem Inlande wenig ein, während Anfragen aus dem Auslande lebhafter waren. Letztere führten aber selten zu Abschließen, weil keine festen bindenden Angebote abgegeben werden konnten. Der Zwischenhändler läßt den Artikel vielfach fallen, angeblich aus Mangel an Kapital.

Nach der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes läßt

der Arbeitsmarkt im Oktober

ebenfalls eine weitere, wenn auch nur geringere Verschlechterung der Lage erkennen. Nur bei den Kurzarbeitern deutet die Verdoppelung der Zahl darauf hin, daß eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes wahrscheinlich ist. Allerdings trifft das letztere nicht auf die Buchbinderbranche zu. In dieser ist die Konjunktur noch eine sehr gute zu nennen. Sowohl von Leipzig wie Berlin und Stuttgart sind die Nachrichten sehr günstig, da nur wenig arbeitslose Buchbinder vorhanden waren. Am auffallendsten ist dies bei Stuttgart, das bei 3466 Mitgliedern nur 2 Arbeitslose zählt. Ebenso hatte Heilbronn bei 1097 Mitgliedern nur einen, Barmen-Eiberfeld bei 1548 Mitgliedern nur 3, und Bielefeld bei 1110 Mitgliedern nur 6 Arbeitslose. Und wenn man 20 Verwaltungsstellen unseres Verbandes mit über 1000 Mitgliedern zusammenschaut, die insgesamt 44 839 Mitglieder zählen (Berlin und Dresden sind hierbei ausgeschlossen), so entfallen auf diese nur 391 oder 0,9 Proz. Arbeitslose. Dagegen haben eine stark über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosenziffer, insbesondere bei den Weiblichen, Dresden und Berlin, wo bei 26 608 Mitgliedern 934 oder 3,5 Proz. Arbeitslose gezählt wurden. Besonders in Dresden tritt dies stark hervor, wo nicht bloß von den 8690 Mitgliedern 361 = 4,2 Proz. arbeitslos waren.

Albert ging auf die beiden Beamten zu, die an der offenen Tür des Maschinenraums standen. Der eine war ein dicker Mann mit roten Wangen und borstigen Haaren, der eben aus dem Bad gestiegen war und sich mit dem Handtuch den Schweiß von der Stirn und dem Hals wischte. Der andere, ein schlanker Mann mit gutgeputztem Schnurrbart, blickte auf, als er den Büchsen auf sich zukommen sah.

Albert fragte nach dem ersten Maschinisten und überreichte seine Karte vom Feuerbureau.

„Nach einer!“ sagte dieser. „Wollen Sie Kohlen ziehen im Heizraum oder im Maschinenhaus als Schmierer fungieren?“

„Wenn ich die Wahl habe, werde ich mir doch das letztere vorziehen,“ erklärte Albert mit unsicherer Stimme.

Der Dicke lachte und trittete davon, seiner Kabine zu.

Der erste Maschinist ging nach einer offenen Tür zu und rief hinein. Ein krummbeiniger Burche schob hervor: „Sie wünschen, Herr Stelzner?“

„Nimm mal den Mann mit hinunter in deine Knie, es ist wohl noch ein Bett frei?“

„Dawoll, Herr Stelzner.“

„Und dann möchte ich gern, daß er hier in der Messe mit bedient.“

„Wir haben aber schon den Ollen, Herr Stelzner.“

„Den steckst du zu den Heizern.“

„Dawoll.“ Und zu Albert gewendet, sagte er:

„Komm mal mit, du, ich will dir bein'n Stall zeigen.“

Sie stiegen eine Treppe hinab und gelangten in einen größeren Schlafraum. Drei Betten nebeneinander, über diesen wieder drei. Etwa zwanzig Betten waren hier untergebracht. In einer Ecke zeigte der krummbeinige auf das Lager: „Hier liegt ich, und das daneben kannst du nehmen. Wille Gepäck hast du ja nicht, da reicht der Platz schon zu. Was bist du denn?“

„Ich bin Reisner,“ antwortete Albert, um nur etwas zu antworten.

„Na, dann kannst du schon als Steward gehen. Bei uns bist du gut aufgehoben.“

Und er erzählte von den verschiedenen Maschinisten, vom Küchenchef, den er nicht leiden konnte, vom Proviantmeister, der ihn nicht erlesen konnte, vom guten Essen und Trinken und allem möglichen, so daß Albert in der ersten halben Stunde schon so viel wußte, daß er an einen guten Platz geraten war. Als er mit seinem Führer wieder hinaufging und den Raum betrat, in dem er nun zehn oder elf Tage wohnen sollte, war er erstaunt über den hellen und blitzsauberen Anblick, den die Maschinistenmesse bot. Zwei Tafeln mit je acht Stühlen nahmen die eine Hälfte des Raums ein. An der anderen Seite stand ein großer Schrank mit dem Geschirr und verschiedenen Speisevorräten, ein Büfett und ein großer praktischer Kochapparat, in den man Wasser und Dampf zulassen konnte. An der Decke hingen die großen Löffel, Milchbehälter und andere Geräte an eingedrehten Oefen.

(Fortsetzung folgt.)

fondern 920 auch noch verkürzt arbeiteten, und zwar zirka 800 davon habe Lage, so daß in dieser Zahlstelle 14,7 Proz. der Mitglieder unter den ungünstigen Einwirkungen des Wirtschaftsmarktes zu leiden hatten. Vereinzelt haben auch einige kleinere Zahlstellen stark unter der ungünstigen Konjunktur zu leiden. So meldet Leer bei 122 Mitgliedern 42 Arbeitslose, Gera bei 320 26 und Plauen bei 350 30 Arbeitslose. Mit hin waren 12,3 Proz. von diesen Mitgliedern arbeitslos. Und ergänzend sei erwähnt, daß in Seiffenhensdorf sämtliche 91 Mitglieder nur halbe Tage arbeiten.

Diese ungünstigen Ausnahmen ändern jedoch nichts an der eingangs erwähnten Tatsache, daß die Gesamtlage des Arbeitsmarktes noch immer als eine günstige bezeichnet werden kann. Es wurden am Stichtage gezählt 342 = 1,3 Proz. männliche und 1403 = 1,9 Proz. weibliche Arbeitslose, gegen 322 bzw. 708 im Vormonat. Eine erhebliche Steigerung war mithin nur bei den weiblichen zu verzeichnen. Wesentlich größer war dagegen die Steigerung bei den Kurzarbeitern. Während im Vormonat nur 292 männliche und 1050 weibliche ermittelt wurden, stieg jetzt ihre Zahl auf 842 = 3,3 Proz. bei den ersteren und 2918 = 4 Proz. bei den letzteren, so daß insgesamt 3760 = 3,8 Proz. Kurzarbeiter gezählt wurden, die sich auf 138 Betriebe verteilen. Hierbei ist aber zu beachten, daß die große Zahlstelle Berlin noch immer keine Angaben darüber liefert. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stieg mithin auf 1184 = 4,6 Proz. männliche und 3421 = 5,9 Proz. weibliche.

Daß aber diese Zahlen manchmal selbst bei gewissenhaftesten Angaben kein vollständiges Bild ergeben, zeigt uns eine Mitteilung aus Dortmund, welches bei seinen 416 Mitgliedern nicht einen Arbeitslosen hatte, trotzdem in den Betrieben viel Entlassungen — hauptsächlich von weiblichen Arbeitskräften — vorgenommen sind. So waren bei einer Firma 40, bei einer anderen 25 bis 30 Mädchen entlassen worden, ohne daß sich dieselben arbeitslos gemeldet haben. Die ausgesprochene Vermutung dürfte jedoch zutreffend sein, daß die Betroffenen sofort in anderen Berufen Arbeit gefunden haben.

Die Mitgliederzahl ist seit dem September um ein geringes zurückgegangen und betrug insgesamt 98 808, darunter 73 199 weibliche.

Die Berichterstattung war erfreulicherweise eine ziemlich gute. Nur folgende 5 Zahlstellen mit 1194 Mitgliedern haben trotz wiederholter Mahnungen nicht berichtet: Hirschberg, Wainz, Reinfeld, Arenshausen und Arnstadt. Ganz besonders fällt Hirschberg durch seine Nachlässigkeit auf, von wo seit Monaten kein Bericht mehr eingegangen ist.

Aus unserem Beruf.

Für die Kartonnagenindustrie

werden in der „Dresdener Kartonnagen-Zeitung“ neue Wege zur Hebung der Industrie angedeutet, die angesichts der beginnenden Geschäftsschwäche erhöhtes Interesse haben dürften. Es wird auf das Gebiet der Elektrotechnik hingewiesen, wo der enorme Verbrauch an Elektromotoren natürlich auch in dem gleichen Maße die Nachfrage nach Hilfsapparaten, wie z. B. Anlässe, Hebelstifte u. a. m. erhöhte. Diese Gegenstände seien bisher aus Eisenblech angefertigt worden und ihre Fabrikation außerordentlich erschwert, da besonders durch den teilweise Verlust Oberflächens der Einkauf von Eisenblech mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden sei. Es bietet sich daher der Kartonnagenindustrie die günstige Gelegenheit zur Anfertigung solcher Hilfsapparate aus Pappe. Ein Versuch nach dieser Seite sei um so mehr zu empfehlen, da keine Neuanfassungen von Maschinen dazu gehörten, vielmehr die bekanntesten, in jeder kleineren Fabrik vorhandenen Maschinen, wie Pappschere, Ritze- oder Nutmaschine, Stanze, Anschlag- oder Edenmaschine hierzu genügen.

Zweifellos bietet die Elektroindustrie für die Kartonnagenindustrie noch ein überreiches Tätigkeitsgebiet und werden besonders unsere Betriebsleute und Werkstättenvertrauenspersonen gewiß diese Anregung mit gleichem Interesse verfolgen.

Wenn die Heberpreise für Buchbinder-Verstoffe

wendet sich eine Eingabe, welche die Bundesleitung der Deutschen Buchbinderinnung gemeinsam mit der Vereinigung süddeutscher Buchbindermeisterverbände und dem Verband deutscher Buchbindermeister an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet hat. Schon

auf dem Bundestag in Köln habe über die maßlose Steigerung notwendiger Rohmaterialien für das Buchbindergerberie heftiger und berechtigter Unmille geäußert. Inzwischen aber nahm die Aufwärtsbewegung der Preise für die genannten Materialien solchen Umfang an, daß sie eine große Gefahr fürs deutsche Buchbindergerberie bedeutet. Werde hier seitens des Ministeriums nicht energisch eingeschritten und baldige Abhilfe dieses ungesunden Zustandes gefunden, muß mit dem Ruin vieler Handwerksbetriebe und der Stilllegung von Großbuchbindereien gerechnet werden. Zum Beweise dieser Behauptung werden ein paar Zahlen zur Kenntnis gebracht. Im Jahre 1914 kostete der Zentner Pappen 7,50—8 Mt., Mitte August 1922 21,60 Mt. und heute 8000 Mt. Ein Meter Kaliko kostete im Jahre 1914 55—70 Pf., Mitte August 1922 135 Pf. und heute 317 Pf.! Die Rohstoffe für die Pappenerzeugung kommen zum größten Teil aus dem Inland, und wenn auch mit einer erheblichen Steigerung der Herstellungskosten sicher zu rechnen sei, so wäre doch die Spannung zwischen dem Vorkriegspreis und dem jetzigen so gewaltig, daß eine scharfe Nachprüfung der Preise seitens des Ministeriums im Interesse des deutschen Buchbindergerberies geboten erscheine. Bei der Kalikofabrikation müßten ja die Rohstoffe zum größten Teil aus dem Auslande bezogen werden. Aber dieser Umstand berechtigt die Fabrikanten noch nicht, ihre Ware an die Inlands-konsumenten nur in Goldmark zu verkaufen. Löhne und sonstige Kosten hätten bei weitem noch nicht eine Steigerung erfahren, die zu solcher Berechnungsart zwänge. Das Reichswirtschaftsministerium wird gebeten, eine Prüfung vorzunehmen und festzustellen, ob hierdurch gegen die herrschende Gesetzgebung, insbesondere gegen die Preistreiber-Verordnung, verstoßen werde.

Die Preispolitik der Kartelle und Syndikate

war auch in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung der Buchbinderinnung Köln Gegenstand der Besprechung. Den Anlaß bildeten die Pappenpreise, und es wurde gefordert, der Bund deutscher Buchbinderinnungen möge an die Regierung und an den Reichstag herantreten, damit baldmöglichst ein Gesetz gegen die ungesunde Preispolitik der Kartelle und Syndikate erlassen werde. An die Frankfurter wurde das Ersuchen gerichtet, Stellung zu nehmen gegen das das Handwerk schwer schädigende Verhalten der Kartelle usw. Dazu bemerkt der „Allgem. Anz. f. Buchbind.“, Stuttgart, u. a.:

„Schon längst verfolgen wir mit Aufmerksamkeits das Tun und Treiben der Kartelle und Syndikate, die nicht nur durch ihre Ringbildung der Weiterverarbeitenden Industrie und dem Gewerbe unermesslichen Schaden zufügen, sondern auch in sonstiger Hinsicht, vermöge der Macht, die sie in sich schließen, ungünstige Wirkungen zeitigen. Dabei kennen die leitenden Kräfte, die meist dem Anwaltsstand entstammen, in ihrem alles gleichmachenden Bestreben keine Rücksicht; struppellos schreibt man, wenn es nicht anders geht, über Leichen hinweg, immer nach dem unheilvollen Grundsatz: „Und folgt du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Mittelstos steht der sich als diese Fühlende auf die „Kleinen“ herab, die er wie Schafe vor sich herreibt, und von denen er weiß, daß sie von ihm abhängig sind. . . . Ist es nicht schon längst im Volk allgemein bekannt, daß die Preistreiberien den Trübs nach amerikanischem Vorbild entspringen? Wir selbst hätten schon oft gern das Wort ergriffen, um zugleich den Daumen auf gar zu offensichtliche Schädigungen zu legen, wenn wir nicht gefürchtet hätten, daß unsere Stellungnahme dem Kampf gegen Windmühlentitel gliche. — Das Fachblatt hofft, daß dem Treiben von berufener Seite noch Einhalt geboten werde, ehe es zu spät sei; die unter dem Joch der Kartelle und Syndikate leujenden Handwerkerkreise sollten im Verein mit Gleichgesinnten auf Selbsthilfe finnen.“

Berichte.

Flensburg. Es wird vielen Kollegen nicht bekannt sein, daß die Zahlstelle Flensburg dem Reichstaxtarif bis jetzt nicht angehört hat. Seit der Befetzungszeit galt auch für uns die von den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband vereinbarte „gleitende Lohnskala“. Wir sind damit nicht schlecht gefahren, denn wir hatten stets einen bedeutend höheren Lohn, als in der 1. Orstklasse unseres Reichstaxtarifs vorgelesen war. Natürlich war diese Einrichtung unsern Herren Arbeitgebern ein Dorn im Auge, besonders auch deshalb, weil unseren Kolleginnen an Lohn 3800 Mt. gezahlt werden mußten. Am 19. Oktober wurde uns nun von der Flensburger Buchbinderinnung folgende Zuschrift überandt:

„Daut Veranlassungsbeschlus vom 19. d. M. wurde beschloffen, das Abkommen mit dem Lohn- und Arbeitsamt hiersebst mit sofortiger Wirkung zu kündigen und bitte ich höflichst im Namen der Innung hieroon Kenntnis nehmen zu wollen.“

Wir beschloffen daraufhin, sofort mit der Innung in Lohnverhandlungen einzutreten. In drei Verhandlungen, die wir führen mußten, konnten wir uns dann mit der Innung verständigen. In der am 30. Oktober stattgefundenen Lohnverhandlung mit der Flensburger Buchbinder-Zwangsinnung kam folgende Vereinbarung zustande:

1. Die Flensburger Buchbinderinnung sowie der Buchbinderverband, Zahlstelle Flensburg, erkennen den Reichs- und Manteltarif für das deutsche Buchbindergerberie an.

2. Die Löhne werden nach der 1. Orstklasse des Reichstaxtarifs bezahlt.

3. Die bis jetzt gezahlten Löhne für Gehilfen und Arbeiterinnen bleiben solange bestehen, bis die Löhne der 1. Orstklasse die gleiche Höhe erreicht haben. Ustdann erfolgt automati- Weitezahlung nach dem Tarif, wie derselbe jeweils festgelegt wird.

4. Beide Parteien verpflichten sich, den Reichs- und Manteltarif für das deutsche Buchbindergerberie getreu innezuhalten.

Es liegt nun an unseren Kollegen und Kolleginnen, sich genau im Reichstaxtarif zu informieren, damit die Lohnzahlung regelrecht innegehalten wird. Verstöße dagegen müssen sofort dem Vorstand gemeldet werden. Vor Zugang nach Flensburg sind Erkundigungen bei der Ortsverwaltung einzuholen.

Rundschau.

Verzehrgebühren nach dem Reichsteuerindex. Der Vorstand der Ärztekammer und des Groß-Berliner Ärztebundes haben für die Gebührenforderungen in der Privatpraxis folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Für die Aufstellung der Liquidationen in der Privatpraxis gilt künftig der Grundsatz, daß für die ärztlichen Forderungen der Friedenspreis multipliziert mit dem jeweiligen amtlichen Reichsteuerindex maßgebend ist.

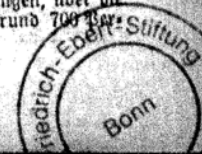
2. Als Grundgebühren sind die ortsüblichen Sätze der Vorkriegszeit zu wählen; für die gewöhnliche Beratung in der Sprechstunde 2—5 Mt., für den gewöhnlichen Besuch 3—10 Mt.

Da der Teuerungsindey für September 113,75 beträgt, so wären danach für die gewöhnliche Beratung in der Sprechstunde 226 bis 565 Mt. zu zahlen, für den gewöhnlichen Besuch 339—1130 Mt., und zwar soll au Patienten in außergewöhnlich schwieriger wirtschaftlicher Lage besondere Rücksicht genommen werden, doch ist in der Sprechstunde sofortige Barzahlung zu verlangen, bei Hausbehandlung spätestens nach deren Abschluß.

So berechtigt diese Forderungen der Ärzte sein mögen, um so mehr muß es befremden, daß man angesichts dieser Steigerungen selbst in Arbeiterkreisen in letzter Zeit lebhaft dafür Propaganda macht, daß auch alle Krankenkassenmitglieder als Privatpatienten behandelt werden und die Krankenkassen von der Verpflichtung entbunden werden, die Arztkosten zu übernehmen. Der Arbeiterschaft ist gerade die freie ärztliche Behandlung das von jeder Wichtigste in der Krankenversicherung gewesen und sie hat im eigenen und allgemeinen Interesse alle Ursache dazu, hieran festzuhalten.

Zur Sinnfrierung der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Dezentralität wird von der Nachricht überrascht, daß Stinnes 40 von 110 Millionen Anteilen der Berliner Handelsgesellschaft von einem ausländischen Spekulanten gekauft hat und sich damit eine entscheidende Machtstellung im Aufsichts- und Verwaltungsrat dieser altangesehnen Berliner Bankfirma mit ihren umfangreichen Industrieverbindungen verschafft hat. In der gesamten bürgerlich-kapitalistischen Tages- und Fachpresse hat nunmehr ein Räkelrat darüber eingekehrt, was Stinnes dazu bemogen haben mag, die Hand nach diesem Bankinstitut auszustrecken, woher er ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Kapitalmarktes die Gelder dazu nahm und welche Folgen dieser Schritt auf die Industrie- und Handelsverbindungen der Berliner Handelsgesellschaft haben kann. Man sucht den Außenstehenden das neue Geschäft Stinnes' dadurch schmacht zu machen, daß man mit besonderem Nachdruck hervorhebt, daß dadurch eine ausländische Heberfremdung des Bankinstituts verhindert worden sei. Sicher ist, daß es sich hier um eine beachtliche Machterweiterung des Stinneskonzerns handelt, die in irgendeiner Form mit den französischen Wiederaufbaulieferungen zusammenhängen dürfte, um einen weiteren Schritt zur Amerikanisierung der deutschen Wirtschaft.

Ein flüchtiges Flauto haben die Berliner Kommunisten mit ihren Wahlen zum Betriebsrätekonkress zu verzeichnen. Mit großem Lantam hatte man hierzu 14 Industriezweigen-Verfassungen einberufen, jedoch waren in 11 Versammlungen, über die der „Vorwärts“ berichtete, insgesamt rund 700 Par-



fonen anwesend. Dabei hatte man überall große Säle für 1000 und mehr Personen genommen. In einer Versammlung war überhaupt niemand erschienen und fünf „Versammlungen“ wiesen einen Besuch von 15-20 Personen auf.

In allen Versammlungen suchte man fleißig nach Nichtkommunisten, die sich bereit fänden, als Delegierte zum wüsten Betriebsräte Kongress zu gehen, damit er nicht nach außenhin als rein kommunistische Partei angelehnt erscheine; aber man fand nur vereinzelte Arbeiter, die sich zu dieser Rolle hergaben. Für eine ganze Reihe von Berufen, z. B. die in Berlin sonst stark kommunistisch orientierten Buchbinder, konnte man überhaupt keine Delegierten austreiben; sie sollten in den nächsten Tagen noch gesucht werden. Im ganzen bewiesen die Veranstaltungen das geradezu flüchtige Scheitern des Betriebsräte Kongressplans.

Eine Beiratsitzung des Verbandes der Maschinen- und Heizer fand am 30. Oktober im Berliner Gewerkschaftshaus statt, welche zu einem neuen System der Beitragsleistung und der Unterstützungsfrage Stellung nahm. Wenn die Beitragsleistung auch schon gegenwärtig als gut bezeichnet werden kann, so wurde doch ganz energisch darauf hingewirkt, daß der Beschluß des Verbandstages Geltung erhält, wonach mindestens ein Stundentlohn als Wochenbeitrag zu leisten ist. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Es wurde beschloffen über die niedrige Beitragsleistung anderer Verbände gefogt.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft war ebenfalls Gegenstand der Beratung. Eine hierzu angenommene Resolution forderte die grundsätzliche Aufrechterhaltung und Durchführung des Sozialisierungsgesetzes der Elektrizitätswirtschaft, welche durch die Nationalversammlung im Dezember 1919 gegeben worden ist. Der Beirat stellt fest, daß die Sozialisierung der Energiewirtschaft seitdem nicht im geringsten von der Stelle gekommen ist.

Ein Menestetel. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands hätte gerade jetzt mehr denn je alle Veranlassung, geschlossen zusammenzutreten und alles Trennende beiseite zu stellen. Trotzdem finden wir gerade in ihren Kreisen in den letzten Jahren ein halbes Dutzend und noch mehr Richtungen und Parteien, die sich auf das erbitterteste bekämpfen. Das Traurigste dabei ist, daß man meistens die Bekämpfung der wirklichen Gegner der Arbeiterschaft, Unternehmer, Agrarier und sonstige reaktionäre Elemente, vollständig vergißt und in sinnloser Selbstzerfleischung nur den Kampf gegen die eigenen Klassen- und Leidensgenossen führt. Nicht bloß die selbstverständliche Schwächung der proletarischen Stokraft ist die natürliche Folge davon, sondern man lößt große Massen der Arbeiterschaft ganz von

sich, die enttäuscht und voll Bitternis der gesamten Arbeiterbewegung den Rücken kehren und wieder zum großen Meer der Indifferenten stoßen. Bei verschiedenen Wahlen ist dies besonders stark bereits in Erscheinung getreten. Einen weiteren Beweis dafür finden wir jetzt wieder bei den Kreiswahlen in Sangerhausen. Die Wahlen zeigten, daß das Interesse gegen früher stark zurückgegangen ist. Nur 63,4 Proz. der eingeschriebenen Wähler kamen ihrer Pflicht nach. Dadurch erklärt es sich, daß alle Parteien gegen November 1921 an Stimmen verloren. Die sozialdemokratischen Stimmen gingen von 6500 auf 1000 zurück, die bürgerlichen von 17000 auf 10000 und die der Kommunisten von 11500 auf 5500. Am stärksten und auffallendsten ist der Rückgang bei den Kommunisten, aber auch am erklärlichsten. Man braucht sich bloß der maßlosen kommunistischen Hege bei den Unruhen in Mitteldeutschland und ihrer Heidenaten erinnern, von denen man besonders auch in Sangerhausen eine ordentliche Kostprobe abbekam. Andere wurden durch Schaden klug, — bei den Kommunisten merkt man noch nichts davon. Ihre Hege gegen die „verräterischen Gewerkschaften“ und die Sozialdemokratie geht auf Moskauer Befehl unermindert weiter. Wie lange will sich die deutsche Arbeiterschaft noch so an der Nase herumführen lassen?

Achtstundentag in Schweden. Im Auftrage der schwedischen Regierung ist jetzt ein ausführlicher Bericht über den Achtstundentag erschienen, in dem hervorgehoben wird, daß es bei den letzten großen Schwankungen im Wirtschaftslieben fast unanständig ist, ein objektives Urteil über die Wirkungen des Gesetzes zu fällen. Während von Arbeitsberseite betont wird, daß der Achtstundentag als ein großes Unglück für das ganze Land zu betrachten sei, bezeichnen die befragten Arbeiterorganisationen es als einen großen sozialen Fortschritt, als das beste Gesetz, das jemals für die Arbeiter geschaffen worden sei. Es wird weiter hervorgehoben, daß das Gesetz die Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen in den Betrieben kräftig fördert, wenn auch zugestanden werden muß, daß die Produktionskosten im allgemeinen erhöht worden und einigen Betrieben, hauptsächlich innerhalb des Transportgewerbes, Schwierigkeiten entstanden sind.

Die Behauptung, daß der Achtstundentag gleichzeitig eine Herabsetzung der Arbeitsintensität bewirkt hat, ist durch eine Spezialerhebung in einigen Betrieben besonders untersucht worden. An Hand dieser Untersuchung wird festgestellt, daß diese Behauptung im allgemeinen nicht zutrifft und daß die Arbeitsintensität sich im Gegenteil dauernd erhöht.

Nach Ansicht der Verfasser des Berichtes sind die Wirkungen des Gesetzes im allgemeinen als zufrieden-

stellend zu bezeichnen, und er empfiehlt deshalb der Regierung, die Geltungsdauer des Gesetzes um drei Jahre zu verlängern.

Die englischen Gemeinderatswahlen, welche am 1. November in ganz England und Wales stattfanden, haben für die Arbeiterkandidaten eine schwere Niederlage gebracht, während besonders die Konservativen einen erheblichen Gewinn zu verzeichnen haben. In einzelnen Bezirken, wie Süd-London, verlor die Arbeiterpartei ihre sämtlichen 30 Sitze und in West-London ebenfalls alle 24 Sitze. Hoffentlich verurteilt die Arbeiterschaft am 15. November bei den Parlamentswahlen wieder gut zu machen, was jetzt verloren worden ist.

Im erfreulichen Gegensatz dazu haben die Schweizer Wahlen zum eidgenössischen Nationalrat für die Sozialdemokraten eine Vermehrung der Mandate von 38 auf 43 gebracht. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Sitze geschah auf Kosten der Kommunisten und Grünlianer. Die Gesamtmacht der Sozialisten betrauf sich nun auf 22 Proz. der Gesamtstärke des Nationalrates.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 13. November bei der Verbandskasse ein von:

- Guben 3000,—
- Stettin 55000,—
- Mt. Gau Schleien 220 789,20
- Mt. Ascherleben 115 200,—
- Mt. Bernburg 9000,—
- Mt. Torgau 2000,—
- Mt. Gau Hannover 50 000,—
- Mt. Braunschweig 39 224,—
- Mt. Duisburg-Ruhrort 16 000,—
- Mt. Reheim 5500,—
- Mt. Wefel 2600,—
- Mt. Wiesdorf 27 850,—
- Mt. Grünstadt 17 400,—
- Mt. Limburg 1400,—
- Mt. Neustadt a. d. H. 4200,—
- Mt. Sonneberg 25 000,—
- Mt. Zeitz 12 960,—
- Mt. Sainichen 2775,30
- Mt. Rerchau 23 466,25
- Mt. Sebnitz 2591,80
- Mt. Konstanz 2007,—
- Mt. Sahr i. B. 145 000,—

Fr. Lender.

Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Gmünd-Corch. B. und K.: W. Köhler, Postgasse 21 I.

Jimrau i. Thür. B.: W. Ungewitter, Unterpörlitz b. Jimrau. K.: H. Köfer, Mühlentstr. 19.

Kathenow. B.: Frh. Radtke, Al. Hagenstr. 14. K.: H. Dalge, Al. Hagenstr. 28 II.

Würgburg. B.: Georg Walter, Holzorgasse 4. K.: Peter Endres, Petrinistr. 39, part.

Sichere Existenz.

100 Jahre besterherbe Schulbuch-, Papier- und Schreibwarenhandlung mit Buchbinderet in kleinem Landstädtchen von 3000 Einwohnern der Provinz Hannover (Garagenb.), mit vielen Behörden und Schulen von 6 umliegenden Orten, ohne Konkurrenz, zu verkaufen gegen Wohnungsaustausch in Berlin.

Offerten erbeten unter „N. S. 51“ an die Expedition dieser Zeitung.

Kartonnagenmeister

für sofort oder später gesucht. Es kommen nur erste Kräfte in Frage, die das Fach durchaus beherrschen und langjährige Erfahrung besitzen. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Angabe von Referenzen usw. unt. „N. S. 41“ an die Expedition dieser Zeitung.



Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten

Mechler & Co., G. m. b. H.

Abt. Chem. Fabrik

Mannheim — Industriehafen.

Bei Anfragen Verwendungswoock angeben.

Tüchtige Einzierer
für Billige Rollenmaschinen gesucht.
Bruhn & Diez
Hilona.

Radiergummi
in Ia Qualität noch vorrätig.
W. O. Löwe
Lanka-Verlag 129.

Schneidemaschine Pappschere
kauft
Otto Müller
Berlin S 42, Wasserlostr. 34

Glattgold
Assomade auszusuchen
Schnillgold
fehlt seit 1870
E. Rühm
Glattgoldfabrik
Augsburg 64

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen
in Buchbinderkreisen seit Jahr. anerkannte Qualität liefert in Band oder Rolle Gr. 60/100 80/110, 90/120 sowie
Nebstappren- und Mäntel in Schwarzweilert, (stahl braun) und Indigoblau zum jeweiligen Tagespreis überüber.
A. C. Volz
Fabrikation u. Berufslieferung.
Stuttgart, Poststr. 77
Tel. 2355.
N. B.: Tägl. zahlreiche Anerkennungen sehr b. m. Kundsch.

Steinpappabfälle, 4-6 mm stark, kauft
W. Velfel & Co.
Stanzerei u. Metallwarenfabr.
Berlin, Köpenicker Str. 71.

Tüchtiger Etuischreiner
bei hohem Lohn in die Nähe von Frankfurt a. M. gesucht. Möglichst ledig. Offerten unt. „N. N. 100“ an die Exped. dieser Zeitung.

Blattmetall, Halbbrönze, Gummiarabicum, Druckfarben läuft stets jeden Rest- und Lagerposten
E. Winstler, Adr.-Schreiberhau (Mietgeb.), Sträßstraße 15.

Jüngerer Kartonnagenzuschneider
für sofort oder später gesucht.
Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften unter „N. N. 78“ an die Expedition dieser Zeitung.

1 gebrauchte, aber gut erhaltene
Papier-schneidemaschine, mindestens 1 m Schnittbreite, sowie eine
Papierheftmaschine, neuester Konstruktion, zu kaufen gesucht. Offerten unter „Hausbinderet“ an den Invalidentauf, Frankfurt a. M.

LEIM
Leder-, Knochen-, Mischleim
Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein
Marcus Lissauer, Hamburg 15
Abt. Leimindustrie — Idastraße 11/13.